

Gegen Tübinger Interessen

Breite Zustimmung für die Resolution der Steinlach-Bürgermeister auf der B-27-Konferenz

MÖSSINGEN. Mit großer Mehrheit wurde gestern in Mössingen die Resolution verabschiedet, in der unter anderem der durchgehend vierspurige Ausbau der B 27 auch auf Tübinger Gemarkung und die Endelbergtrasse um Ofterdingen gefordert wird. Zuvor hatten sich die Organisatoren der Veranstaltung recht heftige Kritik anhören müssen. Unbeirrt zog Mössingens Bürgermeister Werner Fifka aber die Konferenz durch (siehe auch ÜBRIGENS).

Dass das Thema B 27 die Emotionen hochkochen lässt, war allein schon an den Reaktionen des gut 300 Kopf starken Publikums zu spüren: Ob die Vertreter der Initiative „Steinlach mobil“, die Transparente gegen die Endelbergtrasse aufgestellt und Flugblätter verteilt hatten, oder die Befürworter der Resolution: Zwischenrufe gab es zuhauf. Die Tübinger SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid musste sich gegen „Aufhören! Aufhören!“-Rufe durchsetzen, als sie die Veranstaltung kritisierte, und Mössingens Bürgermeister Werner Fifka bekam zustimmenden Applaus, als er die „Tübinger Empfindlichkeiten“ zerpflückte. Der Lautstärke nach zu urteilen, waren die Befürworter der Resolution stärker vertreten als deren Gegner - was bei der Abstimmung bestätigt wurde: Das Häuflein „Steinlachmobil-Leute“ hielt wacker rote Kärtchen gegen eine gelbe Zettelflut in die Höhe. Eine „überwältigende Mehrheit“ konstatierte Fifka daraufhin der Resolution. Zuvor hatte es jede Menge Statements gegeben. Regierungspräsident Hubert Wicker hatte der Resolution entsprechend mehr Geld für das Land gefordert und sich für die Schindhauttrasse in Tübingen ausgesprochen - mit der Forderung, dann auch bald die vierspurige Tunnellösung zu realisieren. „Ich kann der Resolution, auch wenn sie noch modifiziert wird, zustimmen“, sagte Wicker.

Tübingens Sozialbürgermeister Gerd Weimer dagegen konnte das nicht. Er kritisierte scharf die Forderung nach dem durchgehend vierspurigen Ausbau auch auf Tübinger Gemarkung und griff deshalb die Verfasser der Resolution - die Bürgermeister von Mössingen, Bodelshausen, Ofterdingen, Dußlingen und Gomaringen - heftig an: „Wer versucht, in die Planungshoheit anderer Kommunen einzugreifen, spaltet den Raum und schadet der Durchsetzung des gemeinsamen Anliegens, des alsbaldigen Ausbaus der B 27.“

In dieselbe Kerbe schlug Rita Haller-Haid: „Es ist mehr als schlechter Stil, wenn die Selbstbestimmung einer einzelnen Kommune untergraben werden soll.“ Zudem kritisierte sie die Veranstaltung an sich: Das Ergebnis stehe von Anfang an

fest, die Bürger hätten kein Rederecht und eingeladen seien ohnehin nur die, von denen die Veranstalter annahmen, dass sie das Richtige sagten. Ein „merkwürdiges Demokratie-Verständnis“ sei das.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz sagte, der Abschnitt Tübingen-Bläsibad gehe alle an der B 27 liegenden Gemeinden etwas an. „Wer nicht verstehen will, dass das ein regionales Thema ist, der handelt sich den Vorwurf ein, er betreibe Kirchturmpolitik. Eine solche Politik passt nicht zum weltoffenen Tübingen.“ Sie forderte ganz im Sinne der Resolutions-Befürworter den sofortigen, durchgehend vierspurigen Ausbau der Bundesstraße.

Als Gegner der Resolution trat Boris Palmer, Landtagsabgeordneter von Bündnis 90 / Die Grünen, ans Rednerpult. Er kritisierte vor allem, dass der Bahnverkehr kein Thema in der Resolution sei, dass außerdem nicht auf Umwelt-Aspekte eingegangen würde, und warnte davor, dass das Steinlachtal in 30 Jahren aussehen könnte wie der mittlere Neckarraum. Die in Dußlingen geplante Trasse lobte er zwar als „immer noch die beste“, lehnte deren Ausbau aber ab, weil er befürchtete, dass sonst eine Vorgabe für den vierspurigen Ausbau auch in Tübingen gegeben wäre. Werner Fifka seinerseits schoss zurück: Schon vor der Sommerpause habe es ein Gespräch der Tübinger Verwaltungsspitze mit Verkehrsminister Bodewig gegeben. Dort seien ausschließlich Tübinger Interessen vertreten worden - „im Wissen, dass es dazu in der Region andere Auffassungen gibt“. Und schließlich, unter Beifall: „Im Übrigen bin ich überzeugt, dass die Tübinger selbstbewusst genug sind, trotz Meinungsäußerung unsererseits auch künftig eine eigenständige Kommunalpolitik zu

Helmut Barth von der Industrie- und Handelskammer, der SPD-Landtagsabgeordnete aus Reutlingen Klaus Käppeler, der Regionalverbands-Vorsitzende Edmund Merkel, der Erste Landesbeamte Hans-Erich Messner und ihre Kollegen aus dem Zollernalbkreis stimmten in ihren Statements alle der Resolution zu.